

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Teil. Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts	1
I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts	1
1. Der Begriff der Strafe	1
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen	4
II. Das strafrechtliche Regelungssystem	7
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts	8
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts	9
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts	10
III. Europäisches und Internationales Strafrecht	10
1. Europäisches Strafrecht	10
2. Völkerstrafrecht	15
2. Kapitel. Der Zweck der Strafe	17
I. Die traditionellen Straftheorien	18
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel)	18
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach)	20
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt)	22
II. Die Theorie positiver Generalprävention	24
3. Kapitel. Das Schuldprinzip	27
I. Grundlagen	27
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip)	29
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit	29
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden?	31
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff) ..	33
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs	33
2. Der Begriff des Rechtsguts	34
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes	35
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte	36
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips	37
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“) ..	38
4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt	39
I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“	39
1. Herkunft und Grundgedanke	39
2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	41
3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips	52
II. Der Richtervorbehalt	56

5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze	56
I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB)	56
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes	56
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts	58
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung	58
II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB)	59
1. Grundlagen	59
2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten	61
3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten	62
4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührung	64
III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht)	64
6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen	65
I. Die Strafen	65
1. Die Freiheitsstrafe	66
2. Die Geldstrafe	70
3. Das Fahrverbot	71
4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen	71
II. Die übrigen Rechtsfolgen	73
1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung	73
2. Statusfolgen	77
3. Verfall und Einziehung	77
7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre	79
I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat	79
II. Der Aufbau der Straftat	81
III. Die allgemeinen Formen der Straftat	83
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	84
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	84
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	85
4. Täterschaft und Teilnahme	86
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	86
2. Teil. Der Tatbestand des vollendeten Begehungsdelikts	
8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands	88
I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	88
1. Der Begriff der Handlung	88
2. Die Identität der Handlung	90
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand	91
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	93
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	93
2. Weitere Deliktseinteilungen	95
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	96

1. Der Tatbestandsvorsatz	96
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	97
3. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale	98
9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg	99
I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung	99
II. Der Begriff der Kausalität	101
1. „Condicio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	101
2. Die alternative Kausalität	102
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	104
4. Ergebnis	110
III. Die Feststellung der Kausalität	112
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	112
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	113
10. Kapitel. Die objektive Zurechnung	115
I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	115
II. Das rechtlich missbilligte Risiko	116
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken	116
2. Aufgrund überwiegender Interessen erlaubte Risiken	116
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	118
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	120
III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos	121
1. Realisierung unerheblicher Risiken	122
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen erlaubter Risiken ...	122
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken	123
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken	124
5. Der sogenannte Pflichtwidrigkeitszusammenhang	126
IV. Das der Risikobeurteilung zugrundezulegende Wissen	127
11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz	129
I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	129
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	130
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	130
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein	132
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes	133
1. Die Vorsatzformen	133
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit	136
III. Der Gegenstand des Vorsatzes	139
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums	139
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“	140
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen	141
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen	143
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz	144
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf	144
2. Der Irrtum über das Tatobjekt	148

12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit	151
I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit	151
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit	151
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung	152
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit	154
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit	155
1. Das notwendige Erfahrungswissen	155
2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis	156
3. Die notwendige Zeit	157
III. Die Formen der Fahrlässigkeit	158
1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit	158
2. Die sogenannte bewusste Fahrlässigkeit	158
IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit	159
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit	160
 3. Teil. Rechtswidrigkeit und Schuld	
13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe	161
I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe	161
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen	161
1. Einwilligung	161
2. Mutmaßliche Einwilligung	162
3. Sorgerecht	163
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit	163
1. Die Amtsrechte	164
2. Die Notrechte des Bürgers	164
 14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre	168
I. Der Gegenstand der Rechtfertigung	168
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils	168
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils	169
II. Der Aufbau der Rechtfertigung	170
1. Der objektive Erlaubnistatbestand	171
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand	174
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand	178
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände	178
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände	179
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt	184
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	184
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung	184
 15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	185
I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis	185
II. Die Einwilligung	186
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen	186
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen	193
III. Die mutmaßliche Einwilligung	196

16. Kapitel. Notwehr und Notwehrexzess	199
I. Die Notwehr	199
1. Überblick und Grundgedanke	199
2. Die Notwehrlage	200
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung	205
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts	207
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln	211
II. Der Notwehrexzess	212
1. Grundgedanke	212
2. Der Anwendungsbereich der Regelung	214
17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand	215
I. Der Aggressivnotstand	215
1. Überblick	215
2. Die Notstandslage	215
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	217
II. Der Defensivnotstand	223
1. Die Notstandslage	224
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	225
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte	228
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln?	228
2. Die Notstandsprovokation	228
3. Der Notstandsexzess	228
18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit	229
I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung	229
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit	229
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	230
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB	231
1. Die Eingangsmerkmale	231
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	232
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit	235
III. Die actio libera in causa	236
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle	236
2. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten	238
19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht	241
I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB	241
II. Der Begriff des Verbotsirrtums	241
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	241
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	242
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit	242
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt	243
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	243
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens	243
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte	244
IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung	245

1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung	245
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte	245
20. Kapitel. Die Zumutbarkeit	246
I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	246
1. Der Grundgedanke der Regelung	247
2. Die Notstandslage	248
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	250
4. Besondere Duldungspflichten	251
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum	253
II. Weitere Entschuldigungsgründe?	255
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter?	255
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen?	257
21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	259
I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit	259
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale	260
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe	263
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten	264
1. Strafantrag	264
2. Ermächtigung und Strafverlangen	265
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung	265
1. Verfolgungsverjährung	265
2. Vollstreckungsverjährung	267
VI. Die (prozessuale) Abschlachtung geringfügigen Unrechts	267
4. Teil. Besondere Deliktsformen	
22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt	271
I. Die Regelung des § 13 StGB	271
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten	273
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen	273
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen	275
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun	277
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung	278
1. Der Begriff der Unterlassung	278
2. Die Kausalität der Unterlassung	279
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	281
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	281
1. Überwachergaranten	281
2. Beschützergaranten	287
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	292
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	293
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	293
2. Rechtfertigender Notstand	294
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	296
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts	297

23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung	300
I. Der Versuch	300
1. Der Strafgrund des Versuchs	300
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	302
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung	305
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	306
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	310
II. Vorbereitung	317
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	317
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	317
24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch	320
I. Grundlagen	320
1. Die Gründe der Straffreiheit	320
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	323
II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1, 1. Var. StGB	325
1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	325
2. Die Freiwilligkeit	331
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	337
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1, 2. Var. und S. 2 StGB	338
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1, 2. Var. und § 24 I S. 2 StGB	338
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	339
3. Die Freiwilligkeit	343
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	344
 5. Teil. Mehrere Tatbeteiligte	
25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen	347
I. Überblick	347
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	349
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	349
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	350
3. Besondere Pflichtenstellungen	351
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	351
III. Die Struktur der Mittäterschaft	352
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	352
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	353
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	355
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	355
1. Akzessorierät und Strafgrund der Teilnahme	355
2. Besondere persönliche Merkmale	358
26. Kapitel. Die Mittäterschaft	365
I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	365
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“)	365

2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten	367
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung	368
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen	369
5. Die sukzessive Mittäterschaft	370
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung	371
1. Die subjektive Täterlehre	371
2. Die Tatherrschaftslehre	373
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit	375
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit	378
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft	379
IV. Mittäterschaft und Unterlassen	379
1. Gemeinschaftliches Unterlassen	379
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln	380
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen	380
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung	382
27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft	384
I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers	384
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug	385
1. Die unterschiedlichen Irrtümer	385
2. Notwendigkeit einer Täuschung?	389
3. Irrtümliche Selbstschädigung	390
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug	391
1. Intensität des Zwangs	391
2. Verantwortlichkeit für den Zwang	393
3. Erzwungene Selbstschädigung	394
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug	395
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit	395
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife	396
V. Weitere in Rechtsprechung und Literatur diskutierte Fallgruppen	396
1. Das austauschbare Werkzeug	396
2. Das ohne zum Deliktzbild gehörende Absichten handelnde Werkzeug	397
3. Das ohne Sonderpflicht handelnde Werkzeug	398
VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft	399
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	400
28. Kapitel. Die Teilnahme	402
I. Die teilnahmefähige Haupttat	402
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat	402
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat	402
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat	404
II. Die Anstiftung	406
1. Das Verursachen des Tatentschlusses	406

2. Die Anstiftungshandlung	409
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	412
III. Die Beihilfe	414
1. Der Begriff des Hilfeleistens	414
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten	417
3. Besondere Formen der Hilfeleistung	418
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe	422
5. Beihilfe durch Unterlassen	422
29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten	424
I. Versuchte mittelbare Täterschaft	424
II. Beteiligung am Versuch	426
1. Versuchte Mittäterschaft	426
2. Die Teilnahme am Versuch	429
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB)	430
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB)	433
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB	433
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen	434
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB)	439
6. Teil. Die strafrechtliche Konkurrenzlehre	
30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)	441
I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre	441
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB	442
1. Die Tatmehrheit	442
2. Die Tateinheit	443
3. Reformüberlegungen	444
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit	445
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne	445
2. Tatbestandliche Handlungseinheit	445
3. Natürliche Handlungseinheit	447
4. Die fortgesetzte Tat	450
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung	450
31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)	451
I. Grundgedanke und Überblick	451
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit	452
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit	452
1. Die Spezialität	452
2. Die Subsidiarität	454
3. Die Konsumtion	456
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit	459
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata	462
Verzeichnis der Aufbauschemata	463
Sachverzeichnis	465